



Niederschrift

**über die Sitzung
des Schulträgersausschusses
am 26.04.2016**

Anwesend

- Vorsitz

Kurt Merkator

- Mitglieder

Nurhayat Canpolat	(Vertretung für Frau Gill-Gers)
Klaus Hafner	(Vertretung für Frau Trautwein)
Ruth Jaensch	
Johannes Klomann, MdL	
Amin Kondakji	
Thorsten Lange	(Vertretung für Herrn Viering)
Dr. Eleonore Lossen-Geißler	(Vertretung für Herrn Baglan)
Christa Moseler	
Justin Müller	
Thomas Neger	
Anette Odenweller	(Vertretung für Frau Schmitt)
Dr. Markus Reinbold	
Norbert Solbach	
Cornelia Willius-Senzer, MdL	
Christine Zimmer	

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Malte Daum	
Armin Drebes	
Germar Friedrich	
Ralf Frühholz	
Erika Müller	
Armin Mößmer	
Annabel Pufal-Muth	
Gerhard Reuther	
Bettina Schneider-Stransky	(Vertretung für Herrn Julius)
Dr. Harro Walger	
Roland Wollowski	

- Gast

Lyliette Arellano
Klaus Cartus

- Verwaltung

Dieter Stillger	(Dezernat IV)
Petra Henkel	(Amt 40)

Ulf Cöster (Amt 40)
Joachim Becker (Amt 40)
Andrea Reith (Amt 40)

- Schriftführung

Carina Dreßler

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Baris Baglan (Vertretung durch Frau Dr. Lossen-Geißler)
Alexandra Gill-Gers (Vertretung durch Frau Canpolat)
Gunther Heinisch, MdL
Uta Schmitt (Vertretung durch Frau Odenweller)
Heinz-Werner Stumpf
Karin Trautwein (Vertretung durch Herrn Hafner)
Christian Viering (Vertretung durch Herrn Lange)
Johannes Walter

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Oliver Buschbaum

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Robin Thomas

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Daniela Beaury
Klaus Heck
Ludwig Julius (Vertretung durch Frau Schneider-Stransky)
Frank Mattner

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 6
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14.01.2016

b) öffentlich

3. Durchführung eines Modellprojektes zur Erhöhung des Betreuungsangebotes für Grundschulkindern
4. Sachstandsbericht zu Antrag 2056/2015/1 Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
5. Sachstandsbericht zu Antrag 1707/2015 Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
6. Mitteilungen/Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 03.02.2016 die Besetzung der Gremien neu beschlossen, darunter auch die des Schulträgerausschusses. Als neues Mitglied wird zukünftig Frau Erika Müller für die Elternschaft der Realschulen plus und als neues stellvertretendes Mitglied wird Herr Elmar Rudkowski für die Elternschaft der BBSen im Schulträgerausschuss vertreten sein. Nach Herstellung der Öffentlichkeit verpflichtet der Vorsitzende Frau Müller und Herrn Rudkowski per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten (§ 30 Abs. 2 Gemeindeordnung).

Im Anschluss daran stellt der Vorsitzende den Gast der Ausschusssitzung vor: Für den TOP 3 „Durchführung eines Modellprojektes zur Erhöhung des Betreuungsangebotes für Grundschulkindern“ ist Herr Klaus Cartus vom Amt für soziale Leistungen als Sachverständiger gemäß § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung anwesend.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 3 **Durchführung eines Modellprojektes zur Erhöhung des Betreuungsangebotes für Grundschulkindern** **Vorlage: 0276/2016**

Auf Wunsch des Vorsitzenden stellt Herr Cartus den Sachverhalt der Beschlussvorlage im Rahmen eines Kurzvortrages vor. Der Power-Point-Vortrag, der im Jugendhilfeausschuss präsentiert wurde, wird als Anlage mit der Niederschrift versandt.

Herr Cartus berichtet, dass es bei der Betreuung von Grundschulkindern Defizite gibt. Insgesamt gibt es 22 Grundschulen, von denen acht Ganztagschulen sind. Die restlichen 14 Schulen bieten nachmittags im Rahmen der Betreuenden Grundschule eine Betreuung der Schüler an. Betont wird, dass die Betreuungszeiten an den Betreuenden Grundschulen unterschiedlich sind (z. B. enden sie zwischen 13.50 Uhr und 17 Uhr). Es ist festzustellen, dass es Stadtteile gibt, die gut bzw. weniger gut versorgt sind. Die Eltern müssen für die Angebotsform der Betreuenden Grundschule außerdem einen Kostenbeitrag von durchschnittlich 70 – 80 € monatlich zahlen, was der Grund dafür ist, dass sich diese Angebotsform einkommensschwache Familien nicht leisten können.

Im Mai 2015 wurden die Eltern, deren Kinder im Sommer 2015 eingeschult wurden, schriftlich befragt, um den Betreuungsbedarf der Familien zu ermitteln.

Die Befragung ergab, folgende Ergebnisse:

- 83,3 % der Eltern benötigen eine Betreuung außerhalb der „normalen“ Schulzeit
- 65,4 % benötigen eine Betreuung an fünf Tagen in der Woche
- 62,1 % benötigen eine Betreuung bis 16 Uhr oder länger
- Mehr als die Hälfte benötigen eine Betreuung in den Oster-, Sommer- und Herbstferien

Es kann also festgestellt werden, dass von einer Mehrheit der Eltern ein verlässlicher Betreuungsbedarf an den Wochentagen bis 16 Uhr und auch für die Schulferien mitgeteilt wurde.

Insgesamt wird eine Verbesserung des Angebots gewünscht. Die Mehrheit der Eltern favorisiert dabei die Angebotsform der Betreuenden Grundschule, da diese in ihren Augen ein flexibleres System als die Ganztagschule darstellt.

Herr Cartus berichtet, dass die Schule, an der das Modellprojekt „Ausbau und Unterstützung der Betreuenden Grundschule“ erprobt werden soll, noch ermittelt wird. Ebenfalls müssen noch die rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft werden.

Im Anschluss an den Vortrag führt Herr Solbach aus, dass allgemein bekannt ist, dass die Betreuung bis zur Grundschule gut geregelt ist, danach jedoch ein Defizit erkennbar ist. Es müsse mehr für Betreuende Grundschulen geleistet werden. Herr Solbach erkundigt sich außerdem danach, wie die Ergebnisse der Befragung beurteilt werden.

Herr Cartus teilt mit, dass in den Stadtteilen, die gut versorgt sind, eine Zufriedenheit erkennbar ist. In den Stadtteilen, die nicht gut versorgt sind, wird wiederum eine Unzufriedenheit deutlich. Die Umfrage ist mit einer Rücklaufquote von 45 % in Bezug auf das gesamtstädtische Ergebnis repräsentativ, kann jedoch nicht für einzelne Stadtteile aufgeschlüsselt werden.

Frau Jaensch fragt, ob es in jedem Stadtteil eine Ferienbetreuungsinitiative, mit der kooperiert werden könnte, gibt. Der Vorsitzende antwortet darauf, dass es nicht in jedem Stadtteil eine solche Initiative gibt, dass aber eine Abdeckung durch die Stadt bzw. Vereine gewährleistet ist. Er betont, dass das Angebot der Stadt (Ferienkarte) dieses Jahr noch erweitert wurde.

Auf die Frage von Frau Jaensch, wie verlässlich die Betreuung von Grundschulkindern von Initiativen ist, teilt der Vorsitzende mit, dass das Angebot verlässlich ist.

Frau Zimmer führt an, dass die Eltern rührig sind, ihre Bedürfnisse der Stadt mitteilen und auch Sorge dafür tragen, dass ihre Bedürfnisse beachtet und umgesetzt werden. Frau Zimmer sieht das Modellprojekt als richtigen Weg.

Herr Merkator informiert darüber, dass es auch immer mehr Betreuungsangebote von Initiativen gibt, als der Verwaltung offiziell gemeldet werden.

Abschließend hat der Schulträgersausschuss die Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 **Sachstandsbericht zu Antrag 2056/2015/1 Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP;**
hier: Elternwille Rechnung tragen - Erhöhung der Zügigkeit bei Integrierten Gesamtschulen
Vorlage: 0411/2016

Der Vorsitzende berichtet, dass die Verwaltung dazu rät, keinen Antrag beim Land auf eine Erhöhung der Zügigkeiten bei den IGSen Anna-Seghers und Mainz-Hechtsheim zu stellen. Daher bleibt die Frage, was zu tun ist, um die Wünsche der Eltern zu erfüllen, weil z. B. bei den Anmeldungen für das Schuljahr 2016/2017 ca. 300 Schüler von den IGSen abgelehnt werden mussten. Eine 4. IGS kann derzeit nicht beantragt werden, da die 30 %-Hürde bei der Leistungsgruppe 1 nicht erreicht wird.

Herr Solbach berichtet, dass die Argumente der Vorlage den Argumenten der seiner Partei entsprechen. Die genannten Schulen werden derzeit schon umgebaut, eine Neuplanung würde Mehrkosten verursachen. Platzmangel macht außerdem eine Verwirklichung der Erhöhung der Zügigkeiten unmöglich.

Frau Zimmer entgegnet, dass dem Elternwillen Rechnung getragen werden muss und genügend IGS-Plätze geschaffen werden müssen. Der Plan der Erhöhung der Zügigkeiten wurde von der Verwaltung abgelehnt, weshalb also neu überlegt werden muss, wie der Elternwille umgesetzt werden kann.

Laut Herrn Dr. Reinbold gibt es Bestimmungen, an die man sich halten muss. Mit der Vorlage gibt es nun eine tragfähige Antwort auf die Frage nach der Erhöhung der Zügigkeiten.

Nach Frau Jaensch ist festzustellen, dass aufgrund der erhöhten Zahlen in den Kindergärten zukünftig auch die Schulplätze begrenzt sein werden. Daher sind die Fragen zu beantworten, wo, wann und wie eine 4. IGS realisiert werden kann.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass es voraussichtlich vier bis fünf Jahre dauern wird, bis es eine 4. IGS geben wird.

Herr Solbach gibt den Hinweis, dass die Landesregierung die Voraussetzungen für eine Neu-einrichtung einer IGS überdenken sollte. Wenn die Voraussetzungen von der Landesregierung neu festgelegt werden würden, kann die Verwaltung handeln.

Frau Lau bittet, die Realschulen plus zu stärken. Für diese ist der Ruf nach einer neuen Schule, um den Elternwillen zu erfüllen, problematisch.

Herr Mößmer teilt mit, dass Schüler die 4. Klasse wiederholen, damit die Chance größer wird, später die Wunschschule zu besuchen.

Herr Drebes sagt aus, dass die Schüler, die von den IGSen abgelehnt werden, sich bei den staatlichen G9 Gymnasien anmelden. Daraufhin erwidert der Vorsitzende, dass diese Schüler auch von den Realschulen plus beschult werden können. Der Bedarf innerhalb der Stadt führt zwangsläufig zu einer Neugründung einer Schule.

Frau Arellano berichtet, dass ihr Sohn eine Realschule plus besucht. Diese haben im Allgemeinen aber ein schlechtes Image. Es sollte daher bereits in den Grundschulen bei den Kindern positiv für die Realschulen plus geworben werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass heutzutage niemand unbedingt studieren muss. Es werden auch z. B. Handwerker gesucht. Er berichtet, dass sich beispielsweise Eltern im Gymnasium einklagen. Vielleicht muss aber nicht jeder Elternwille erfüllt werden.

Laut Herrn Solbach ist das Schulsystem vertikal durchlässig. So ist es möglich, das Abitur abzulegen, auch wenn nicht ein Gymnasium besucht wurde.

Frau Willius-Senzer bittet die Eltern der Realschulen plus, die positiv gesammelten Erfahrungen weiterzutragen, damit diese Schulart gestärkt wird.

Abschließend beschließt der Schulträgersausschuss einstimmig, dass die Verwaltung keinen Antrag beim Land auf eine Erhöhung der Zügigkeiten an den IGSen Anna-Seghers und Mainz-Hechtsheim stellt.

Punkt 5 **Sachstandsbericht zu Antrag 1707/2015 Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP**
hier: Vorausschauende Schulentwicklungspolitik für Mainz
Vorlage: 0559/2016

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nächsten Schulträgerausschuss der Schulentwicklungsplaner anwesend sein und aktuelle Zahlen zur Schulentwicklung vortragen wird. Es ist jetzt schon festzustellen, dass die Schülerzahlen sich sehr schnell erhöhen. Dies stellt die Verwaltung vor eine große Herausforderung.

Herr Mößmer berichtet, dass in den Grundschulen derzeit schon diese Dynamik erlebt wird. Neubauten reichen nicht aus, weil der Bedarf höher ist als die Kapazität, Klassen können nicht geteilt werden, da das Raumprogramm keine Teilung zulässt und Containerlösungen werden notwendig. Herr Mößmer fordert mehr Mut und Personal in der Verwaltung. Der Vorsitzende berichtet, dass für den Stellenplan 2017/2018 Personalbedarf angemeldet wurde.

Frau Zimmer entgegnet, dass die Anmerkung von Herrn Mößmer nicht geteilt wird. Maßnahmen wurden diskutiert und auf den Weg gebracht (z. B. in der Neustadt und in Weisenau). Bei allen Neubauprojekten werden die Grundschulzahlen berücksichtigt.

Herr Mößmer betont, dass es an einigen Schulen Raumprobleme gibt. Diese werden durch die Flüchtlingsströme noch verschärft. Es sollte z. B. an Neuzuschnitte der Grundschulbezirke gedacht werden.

Der Vorsitzende informiert, dass die Verwaltung die Entwicklung beobachtet und auch bereits Maßnahmen umgesetzt hat, welche jedoch nicht sofort greifen. Die Flüchtlingssituation hat sich entspannt, es gibt momentan ca. 100 Zuweisungen im Monat (im Dezember waren es noch etwa 500 Zuweisungen). Es gibt Stadtteile die mehr unter dem Flüchtlingsstrom leiden als andere, weil sich in ihnen die Unterkünfte befinden.

Der Schulträgerausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Punkt 6 **Mitteilungen/Verschiedenes**
Eine Übersicht der Anmeldungen/Aufnahmen für das Schuljahr 2016/2017 wird in der Sitzung ausgeteilt.

Es wird eine Übersicht über die Anmeldungen/Aufnahmen an den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2016/2017 ausgehändigt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den betroffenen Schulleitungen für die gute Zusammenarbeit im Rahmen des Aufnahmeverfahrens.

Herr Drebes sagt, dass die Zahl der Anmeldungen größer als die Zahl der Aufnahmen ist. 215 Schüler haben demnach keinen Platz gefunden. Er erkundigt sich, auf welche Schulen diese Schüler gehen. Der Vorsitzende entgegnet, dass alle Mainzer Schüler einen Platz bekommen haben. Dies ist Aufgabe der Lenkungsgruppe. Die Schulentwicklungsplanerin, Frau Reith, berichtet, dass die Anmeldung an den IGSen deutlich früher als bei den anderen Schularten stattfindet. Die Schüler, die an den IGSen abgelehnt wurden, sind in den Anmeldezahlen der anderen weiterführenden Schulen enthalten. Daher kommt es zu der Differenz der Zahl der Anmel-

dungen und der Zahl der Aufnahmen. Frau Reith berichtet, dass auch noch für Zuzügler Plätze vorhanden sind.

Die nächste Sitzung des Schulträgerausschusses findet am 07.09.2016 statt.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

gez. Merkator

gez. Dreßler

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung